

Übergänge und persönliche Überzeugung als Schlüsselstellen

Leonberg / Tirschenreuth. Beim Fachtag Inklusion und Schule des Netzwerks Inklusion Landkreis Tirschenreuth am 10. März kamen wichtige VertreterInnen zusammen, die die Inklusion in den verschiedensten Schulformen diskutieren und voranbringen wollen – von verschiedensten Schulen, die Inklusion bei sich leben (wollen) bis hin zur Regierung der Oberpfalz.

Etwa 70 Gäste kamen im barrierefreien Pfarr- und Jugendheim in Leonberg zusammen, um über Inklusion und Schule zu diskutieren. Als stellvertretender Landrat und 1. Vorsitzender der Lebenshilfe begrüßte Roland Grillmeier die VertreterInnen der verschiedensten Schulen und Einrichtungen aus dem Landkreis und darüber hinaus. Besonders hob er die anwesenden Eltern hervor. Sie spielten neben den Lehrkräften eine ganz besondere Rolle beim Thema Schule. „Die gemischte Teilnehmerrunde verspricht eine tiefgehende Diskussion“, so Grillmeier. Bürgermeister Johann Burger erläuterte kurz die Geschichte des Gebäudes: „Sie stehen hier in einem ehemaligen Klassenzimmer. Wir haben viel Herzblut in die Renovierung gesteckt – gemeinsam mit den BürgerInnen von Leonberg und freuen uns über die positive Resonanz. Wir wollten das Gebäude nutzbar machen für alle.“

Regierungsschuldirektor Stefan Fricker von der Regierung der Oberpfalz, zuständig für das Sachgebiet Förderschulen, erläuterte stellvertretend für den erkrankten Ministerialrat Erich Weigl vom Kultusministerium die Formen von Inklusion in den bayerischen Schulen. Die bekannteren Formen sind Einzelinklusion, Partnerklasse, Kooperationsklasse und Tandemklasse. Das Schulprofil Inklusion sei eine neuere Form, die sich für alle Schularten eignet. Der Exot sei die offene Klasse der Förderschule. Der vom bayerischen Landtag festgelegte Auftrag ist, dass alle Schulen inklusiv werden sollen. Die Förderschulen bleiben dabei Kompetenzzentren, die die allgemeinen Schulen bei diesem Auftrag unterstützen sollen. Von großer Bedeutung ist das Elternwahlrecht. Fricker stellte Forschungsergebnisse vor, was eine inklusive Schule auszeichnet: dazu gehören die Kooperation verschiedener Berufe, ein gemeinsames Wertesystem, gute Rahmenbedingungen für individuelle Förderung. Die Rahmenbedingungen liegen in der Hand der Ministerien und der Politik. „Wir wollen mehr Ressourcen zur Verfügung stellen und die Schulen vor Ort unterstützen“, so Fricker. Perspektivisch solle auch die Schulbauverordnung angepasst werden: mehr Barrierefreiheit – so lautet der Maßstab.

Im Anschluss gab Schulamtsleiter Wolfgang Krauß einen Einblick in die Schullandschaft im Landkreis Tirschenreuth. Er widerlegte damit die humorvolle Bemerkung von Stefan Fricker, dass „im Landkreis Tirschenreuth ländliche Entwicklung zu leisten ist“. „Im Gegenteil: wir können hier viel vorweisen und waren an manchen Stellen sogar schneller als Regensburg oder München“, so Krauß. Krauß stellte heraus: „Schule ist Leben und Lernen. Das bedeutet: man muss manchmal mit einem gewissen Pragmatismus an das Thema herangehen und wir brauchen dafür echte Profis.“ Er bezweifelte jedoch, dass die Lehrerbildung dafür in jeder Hinsicht ausreichend sei. Krauß erläuterte, wie das Thema Inklusion in die Schulen des Landkreises kam: „Ich habe und erlebe noch heute eine große Offenheit für das Thema. Die Bürgermeister und Gemeinden haben trotz der anfangs knappen Möglichkeiten eine gute Zusammenarbeit bewiesen und Kompromisse geschlossen. Schule, Kommune und Elternbeirat müssen bei Inklusion am selben Strang ziehen.“ Im Landkreis gibt es 4 Schulen mit dem Schulprofil Inklusion: die Grundschule Mitterteich, die Mittelschule Mitterteich, die Grundschule Tirschenreuth und ganz neu: die Grundschule Waldershof, die bisher mit dem Modell „Flexible Grundschule“ gute Erfahrungen gemacht hat. Für die Einwohnerzahl und Größe des Landkreises ist das ein guter bis sehr guter Standard. Eine wichtige Rolle im Prozess der Veränderung der Schulen hin zu Inklusion spielen neben einem überzeugenden Schulkonzept und der Unterstützung

durch die Regierung auch die Eltern: Sie sind Überzeugungsträger – neben allen Sorgen um Übertrittsleistungen und der Garantie für einen guten Unterricht. Die Lehrkräfte benötigen die passende (Fort-)Bildung, gute Diagnostik-Instrumente und die Bereitschaft zur Kooperation und Team-Teaching. Krauß äußerte jedoch auch Kritik: gerade die Zeit, die zur Kooperation und Absprache benötigt werde, würde vom Ministerium nicht berücksichtigt und bezahlt. Eine Schule und Schulleitung muss eine Vielzahl von Aufgaben bewältigen. Wenn hier nicht persönliches Engagement über das normale Maß hinaus gezeigt würde, wäre vieles nicht möglich. Auch eine langfristige Lehrerstellenplanung wäre hilfreich. Das Engagement der Lehrer werde jedoch gesehen und geschätzt. Krauß verlas den Brief einer Lehrkraft, die bestätigte, dass die Eltern eine positive Rückmeldung in Bezug auf die Tandemklasse in Mitterteich gaben, die bis vor ein paar Jahren bestand: Sie bestätigen, dass ihre Kinder das Lernen gelernt hätten und bestens auf die weiterführenden Schulen vorbereitet seien – und keinerlei Nachteil hätten durch das inklusive Lernen.

Ergänzt wurde Krauß durch Petra Andritzky und Christa Besold von der Grundschule Waldershof. Sie stellten das Modell der Flexiblen Grundschole vor. Von hier sei kein weiter Weg hin zum Schulprofil Inklusion. Wenn Kinder individuell nach Lerntempo und Leistungsvermögen jahrgangsstufenübergreifend lernen, ist das für alle ein Gewinn. „Nicht nur Behinderung spielt eine Rolle, sondern auch soziale Herkunft, und welche Möglichkeiten und Unterstützungssysteme Kinder aus ihrer Familie mitbringen. Bei dieser Form des Lernens erfahren Kinder ihre Verschiedenheit als Normalzustand und lernen ihren eigenen Lernfortschritt besser zu beobachten und zu beurteilen“, so Andritzky. Das bestätigte auch Kathrin RÜth, Konrektorin der Grundschule Waldsassen und Kooperationsbeauftragte für den Bereich Kindertagesstätten. „Wir brauchen einen breiten Inklusionsbegriff, der den Bildungsleitlinien entspricht. Immer wieder stellen wir fest, dass die Übergänge die eigentlichen Barrieren sind: von der Kita in die Schule und zwischen den Schulformen. Wir wollen auch die Erziehungspartnerschaft stärken und Barrieren zwischen Elternhaus und Schule abbauen. Eltern, Lehrer, Kitas und Kinder müssen zusammenarbeiten – dann gelingt Lernen am besten.“

Beim anschließenden Markt der Möglichkeiten konnten sich die BesucherInnen des Fachtags gute Beispiele für Inklusion an einzelnen Ständen ansehen: Anna Merzinger von der Unabhängigen Beratungsstelle für Inklusion am Staatlichen Schulamt im Landkreis Tirschenreuth stand für Fragen zur Verfügung.

Monika Herold-Walther und ihre Kollegin stellten die Partnerklasse der St.-Notker-Schule und Tagesstätte der Lebenshilfe Deggendorf am Gymnasium in Metten vor. Hier besuchen Jugendliche mit geistiger Behinderung eine weiterführende Schule.

Dr. Katja Sachsenhauser von der Bischof-Wittmann-Schule Regensburg gab Auskunft über die Partnerklasse des bsz mit 2 Sozialpflegeklassen in ihrem Haus. Im Bereich der beruflichen Bildung ist das einzigartig in der Oberpfalz.

Josef Weilhammer von der Europa-Berufsschule Weiden i.d.Opf. stellte das Schulprofil Inklusion und insbesondere den Bereich Leichte Sprache an seiner Schule vor. Hiervon profitieren vor allem auch Geflüchtete.

Uli Sommer und Ursula Siller vom BBZ Erbdorf stellten ihr Projekt „Inklusion in Erbdorf“ vor, das die diesjährige Heilerziehungspflegeklasse mit Erfolg durchgeführt hat.

Petra Andritzky stand für Nachfragen zum Schulprofil Flexible Grundschule an der Jobst-vom-Brand-Grundschule Waldershof zur Verfügung.

Den Abschluss bildete eine Podiumsdiskussion mit Manfred Böhm vom BLLV Oberpfalz, Fachgruppe Förderschulen, Stefan Fricker von der Regierung der Oberpfalz, Anne Geiger vom Förderzentrum Mitterteich, Irene Oertel vom Netzwerk Inklusion Bayern und Elternstammtisch Inklusion und Gisela Worf als Vorsitzende des Elternbeirats von Förderzentrum und HPT in Mitterteich. Moderiert wurde das Podium von Projektleiterin

Christina Ponader.

Manfred Böhm vertrat die Position, dass es bei Inklusion an Schulen an 3 Dingen mangle: Geld, Personal und Zeit. Auch nehme das Thema Inklusion in der Lehrerbildung zu wenig Raum ein.

Irene Oertel nahm Bezug auf eine gemeinsame Petition des Bayerischen Lehrerverbandes und des Bayerischen Elternverbandes: hinter die UN-Behindertenrechtskonvention und ihre Forderung von Inklusion als Menschenrecht wolle man nicht zurück. Die Erfolgsfaktoren für eine inklusive Beschulung seien bekannt. Nun müsse man sie umsetzen. Man müsse die verschiedenen Ansätze von Förder- und Regelschulsystem aufgeben. „Es braucht vor allem einen Paradigmenwechsel in den Köpfen. Wir müssen dahin kommen, dass alle Schulen inklusiv sind – von der Förderschule bis zum Gymnasium. Dann können Kinder und Jugendliche ortsnah die Schule besuchen und müssen nicht mehr quer durch die Landkreise fahren. Die Ressourcen, die es für Inklusion gibt, sollen unter allen aufgeteilt werden. Die Schulen und Eltern sollen nicht mehr darum kämpfen müssen. Bisher hängt es auch oft daran, welche Eltern sich Inklusion leisten wollen und können.“

Anne Geiger erwiderte, dass Inklusion nicht zum Selbstzweck werden dürfe. „Wichtig ist: wie wird der/die Einzelne gestärkt? Inklusion bedeutet einerseits die Selbstverständlichkeit gemeinsamen Lernens, unabhängig von der Verschiedenheit der SchülerInnen und andererseits auch einen Nachteilsausgleich für die, die ihn benötigen.“

Die Frage nach der Grenze von Inklusion in der Schule in einem gegliederten Schulsystem wie in Bayern beantwortete Stefan Fricker so: „Besonders die Kinder mit sozial-emotionalem Förderbedarf, herausforderndem Verhalten oder geistiger Behinderung fallen bisher aus dem Regelschulsystem heraus. Das zeigt auch die Statistik: die FörderschülerInnen insgesamt werden nicht weniger.“ Hier zeigt sich auch das Elternwahlrecht: Förderschulen leisten eine gute Arbeit, wobei ein sonderpädagogischer Förderbedarf aber nicht zum Stigma werden darf, das Menschen von einer Berufsausbildung und selbstständigen Lebensführung abhält. Deswegen dürfe man Förderschulen nicht als „Restschulen“ begreifen.

Das Thema Persönlichkeitsentwicklung und Leistungsanspruch gehe trotz aller Widersprüche auf den ersten Blick gut zusammen: die Stärkung des Einzelnen in beiden Bereichen sei Aufgabe der Schule. Hier könne eine inklusive Schule Vorbild für eine inklusive Arbeitswelt werden: „Wenn man auf die Rahmenbedingungen achtet, stehen hier viele Wege offen. Meine hörgeschädigte Tochter, die jetzt Kinderpflegerin ist, ist ein gutes Beispiel“, so Oertel. Hier zeigte sich nochmal die Rolle der Übergänge: „Folgen sie dem Prinzip des ersten Knopflochs: wenn der erste schon falsch geknöpft ist, wird es schwieriger, dass die folgenden passen. Wir brauchen inklusiv gestaltete Übergänge ab dem Elternhaus.“ Auf die Frage nach der Sinnhaftigkeit von Individualbegleitungen im Vergleich zu einer generell besseren Personalausstattung in den Klassen bestätigte Gisela Worf die Notwendigkeit von Individualbegleitung auch in den Förderschulen. „Natürlich muss man sich über die Ausprägung von Individualbegleitung Gedanken machen. Sie darf nur da unterstützen, wo es notwendig ist und muss tendenziell weniger werden im Lauf der Zeit, wenn das Kind selbstständiger wird.“

Die Wünsche aus den Abschlussstatements waren: mit der positiven Entwicklung im Bereich inklusive Schule weitermachen, die Zieleinigkeit über die Interessensgruppen hinweg bewahren, die Anregung eines Preises für Lehrer, die sich über das normale Maß hinaus für Inklusion engagieren, die Erhöhung des individuellen Budgets der Schulen für mehr Flexibilität, multiprofessionelle Teams in Schulen, eine Schule für alle, in der sich Kinder und Jugendliche begegnen können, die Beteiligung aller am Prozess zu sichern und nicht zuletzt Schulen zu schaffen, in denen man ein Heimatgefühl entwickeln kann.

Zusammengefasst zielten die Meinungen und Fragen aus dem Publikum auf folgendes Fazit: Inklusion in der Schule braucht Haltung, ausreichende Ressourcen als Rahmenbedingung und Wertschätzung des Engagements, aber auch Mut zum Ausprobieren. Die Lehrer-,

Eltern- und Wohlfahrtsverbände müssen zusammen an die Politiker als Entscheider herantreten, um den Prozess weiter voranzubringen.